

POSITIONSPAPIER ZUM BMBF-HAUSHALT 2022



Die Covid-19-Pandemie hat nicht nur weltweit großes menschliches Leid und wirtschaftliche Verluste verursacht, sondern auch der Welt einmal mehr gezeigt: Gesundheit ist nicht selbstverständlich.

Ein wesentlicher Bestandteil der Pandemievorsorge ist die Forschung zu und Entwicklung von Impfstoffen gegen neu auftretende Infektionskrankheiten. Um beispielsweise Notimpfstoffe schnell entwickeln zu können, muss bereits vor dem Ausbruch einer Krankheit in Impfstoff-Prototypen investiert werden. Aber auch Medikamente und Tests sind essenziell für die Pandemievorsorge und -bekämpfung. Diese müssen parallel entwickelt und ergänzend zu den Impfstoffen eingesetzt werden. Hierauf muss Deutschland auch während seiner G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 einen Schwerpunkt legen.

Darüber hinaus muss mehr in die Erforschung neuer Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe für Krankheiten investiert werden, von denen viele Menschen betroffen sind, die aber keine neu auftretenden Pandemien sind. Hierzu gehören die im Koalitionsvertrag erwähnten armutsbedingten Krankheiten. Mehr als zwei Milliarden Menschen weltweit sind von solchen Krankheiten betroffen. Für sie gibt es oft keine oder nur unzureichende Diagnose-, Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten. Deshalb werden mehr Mittel für diese Forschung benötigt. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein politisches und finanzielles Engagement für die Beendigung dieser Krankheiten verstärken.

Daher fordert die DSW den Bundestag und die Bundesregierung dazu auf,

- **die politische und finanzielle Unterstützung der „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) auszubauen, um so die schnellere Forschung zu und Entwicklung (F&E) von neuen Impfstoffen zu fördern (Haushaltstitel: 685 32-165).**

Bei der CEPI-Auffüllungskonferenz für die Jahre 2022-2026, die im März 2022 stattfindet, sollte Deutschland mindestens 300 Millionen Euro neue Mittel zusagen.

- **die dritte Förderrunde der Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) schnellstmöglich zu starten und mit mindestens 100 Millionen Euro auszustatten (Haushaltstitel: 685 30-165).**

Die Aufstockung der Mittel für die F&E zu armutsassoziierten und vernachlässigten Krankheiten ist notwendig, um dringend benötigte neue Diagnostika, Impfstoffe und Medikamente zu entwickeln. Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) haben sich hierfür als effektives Instrument bewährt. Die Bundesregierung sollte daher die PDPs in der nächsten Förderrunde ab spätestens 2023 für fünf Jahre mit mindestens 100 Millionen Euro ausstatten und für eine flexiblere Finanzierung sorgen.

- **die Globale Gesundheitspartnerschaft EU-Afrika (EDCTP3) mit mindestens sechs Millionen Euro (in Barmitteln) zu unterstützen, um mit gutem Beispiel in der EU voranzugehen (Haushaltstitel: 685 30-165).**

Der Rat der EU hat die ‚Globale Gesundheitspartnerschaft EDCTP 3‘ als Nachfolgeprogramm der zweiten European and Developing Countries Clinical Trial Partnership (EDCTP2) beschlossen. Die Partnerschaft wird weiterhin klinische Forschung für medizinische Instrumente zur Erkennung, Behandlung und Vorbeugung von Infektionskrankheiten in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara finanzieren. Um das volle Potenzial des gebündelten Finanzierungsmechanismus auszuschöpfen, sollten die Teilnehmerstaaten ihre jährlichen Barmittelbeiträge erhöhen.

POSITIONSPAPIER ZUM BMBF-HAUSHALT 2022



- **sicherzustellen, dass die öffentlichen Ausgaben Deutschlands für F&E zu Covid-19 nicht zu Lasten der Forschungsmittel für armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten gehen.**

Obwohl über eine Milliarde Menschen von vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten betroffen sind und der Bedarf an der entsprechenden Forschung groß ist, ist das Forschungsbudget zu diesen Krankheiten gering. Auch in der Gesundheitsforschung steht Covid-19 immer noch im Mittelpunkt. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Forschung zu vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten reduziert oder vertagt wird. Sonst kann die Weltgemeinschaft das nachhaltige Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal, SDG) 3 – Gesundheit für alle – nicht erreichen.

- **die G20-Zusage umzusetzen, die Forschung gegen antimikrobielle Resistenzen (AMR) mit 500 Millionen Euro über zehn Jahre zu unterstützen, und die Investitionen transparent im Einzelplan 30 darzulegen (Haushaltstitel: 685 32-165; 685 70; 894 70).**

Bei dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg beschlossen die Staats- und Regierungschef*innen, F&E zu AMR zu stärken. Die Bundesregierung sagte hierzu einen Beitrag von 500 Millionen Euro für die kommenden zehn Jahre (2018-2027) zu. Diese Maßnahmen sollten über Titel zur Gesundheitsforschung sowie die Förderung der Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren) und des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF) erfolgen. Besonderes Augenmerk im Rahmen der AMR-Initiative sollte auf die Tuberkuloseforschung gelegt werden. Denn Tuberkulose war auch 2019 die tödlichste Infektionskrankheit. Zudem entwickeln sich immer mehr besorgniserregende Resistenzen gegen vorhandene Tuberkulose-Medikamente. Für die verbleibende Laufzeit bis 2027 sollte die Bundesregierung durch Vermerke in den betreffenden Haushaltstiteln regelmäßig transparent darlegen, wie die Zusage der Bundesregierung umgesetzt wird.

Über die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation. Unser Ziel ist es, zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Wir engagieren uns für die Umsetzung des Menschenrechts auf Familienplanung. Insbesondere unterstützen wir junge Menschen in Ostafrika dabei, selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Sexualität und Verhütung zu treffen. Gleichzeitig bringen wir uns auf nationaler und internationaler Ebene in politische Entscheidungsprozesse in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung und Gleichstellung der Geschlechter ein. Neben dem Hauptsitz in Hannover ist die DSW in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda sowie mit Verbindungsbüros in Berlin und Brüssel vertreten.

Mehr Informationen finden Sie unter www.dsw.org.

Für Fragen und Anregungen nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf:

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) · Torstraße 49 · 10119 Berlin
Tel.: +49 30 2400069-0 · Fax: +49 30 2400069-22 · berlin@dsw.org · www.dsw.org